

17. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
der Fraktion Die Linke
der Piratenfraktion

auf Annahme einer EntschlieÙung

Steuerhinterziehung aktiv entgentreten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Das Abgeordnetenhaus stellt fest: Es ist inakzeptabel, dass ein Staatssekretär sich der Steuerhinterziehung schuldig macht. Ebenso inakzeptabel ist, dass der Regierende Bürgermeister davon mehr als eineinhalb Jahre Kenntnis hatte, ohne rechtliche und politische Konsequenzen zu ziehen. Das missbilligt das Abgeordnetenhaus. Denn erst als der Vorgang öffentlich wurde, kam es zum folgerichtigen Abgang des Staatssekretärs. Hierdurch entstand der Eindruck, solch strafbares Verhalten eines hohen politischen Beamten werde akzeptiert, solange es nicht an die Öffentlichkeit dringt. Das Abgeordnetenhaus bedauert diesen Eindruck und fordert den Senat auf, sich klar gegen Steuerbetrug zu positionieren.

2. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass allgemeine Aufgaben wie etwa Bildung, Infrastruktur oder Kultur überwiegend aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Diese Finanzierung kann nur gelingen, wenn entsprechende Steuereinnahmen erzielt werden. Die Besteuerung erfolgt nach Gesetzen, die für alle gelten.

3. Das Land Berlin muss Steuerhinterziehung durch mehr Steuerprüfungen und mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer erschweren.

Berlin, den 18. Februar 2014

Pop Kapek
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke

Spies Höfinghoff
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion